



Berliner Tageblatt und Sonntags-Beilage... enthält wöchentlich... Sonntagsblatt... enthält wöchentlich...

Insertionspreis: Zeitungspreis... 1. Jahrgang... 2. Jahrgang... 3. Jahrgang...

Berliner Tageblatt

Nr. 61 - Ausgabe A Nr. 34
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 61

Dienstag, 16. Februar 1920
49. Jahrgang

Der Eintritt Holland in den Völkerbund.

Die Ansichten des holländischen Militärattachés
in London.

Von (Nachdruck verboten)

Vladimir Gaag.

Nun hat auch die holländische Regierung bei den Generalstaaten den offiziellen Antrag gestellt, der den Zutritt Hollands zum Völkerbund vorbereiten soll. Nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles muß dieser Zutritt vor dem 10. März 1920 erfolgt sein, damit er sich ohne weitere Schwierigkeiten vollziehen könne. Einen kurzen Auszug aus der Begründung des Antrages, der an die Generalstaaten gerichtet ist, hat das Berliner Tageblatt am Morgen des 15. Januar gebracht. Die Hand, die den Entwurf dieser Begründung geschrieben hat, war offenbar nicht vom großen Enthusiasmus für diese Angelegenheit angefeuert. Obgleich die Begründung aus vielen Mennens und Werts besteht, macht sie indessen nicht den Eindruck, als ob sie ein Kompromiß zwischen verschiedenen Auffassungen und darum so klar und trocken ausgefallen sei. Sie erscheint als das Ergebnis gemeinamer schwerer Bemühen und einer gewissen Gedrücktheit aller entscheidenden Faktoren, die bei ihr mitgewirkt haben. Immer wieder wird auf den Unterschied zwischen Ideal und Wirklichkeit angespielt. Immer wieder läßt man durchblicken, daß man im Völkerbunde mitarbeiten wolle, nicht weil es vernünftig und vorteilhaft, sondern einfach, weil es unvermeidlich ist. Aber Holland hat sich in diesen fünf Jahren oft in Lagen befinden müssen, in denen ähnliche Erwägungen der Klugheit und der Resignation maßgebend waren. Welche imponierende Kraft der Rechtsbehauptung hat Holland dennoch in solchen Fällen, zugleich protestierend und nachgebend, zu entwickeln gewußt! Während das ganze Krieges hatten beide feindlichen Parteien gelernt, daß es gewisse verlockende Dinge gebe, an die sie dennoch nicht rühren dürften, ohne sich Holland zu einem aktiven Feind zu machen, und daß Holland auf seinem Rechtsstandpunkt in jeder Lage bis zum Letzten ausstehen werde. Bei dieser Politik ist Holland zu gefahren. Wir hatten, wie wir gesehen wollen, jetzt geklopft, gerade auch bei der Begründung des Antrages um Zutritt in den Völkerbund würde Holland deutliche Worte dafür finden, wie stark sein Entschluß sei, nichts von seiner Ehre und seinem Selbstbestimmungsrecht herzugeben — von seinem Selbstbestimmungsrecht, das in den Händen des Völkerbundes nicht ebenbürtig aufgehoben sei wie bisher in den Händen Hollands. Diese Töne, zu denen Holland berechtigt wäre gegenüber Staaten, die das geschriebene und ungeschriebene Recht der Völker seit einem Jahre in tausend verschiedenen Fällen verweigert haben, sind in der Begründung nicht zu finden. Vielleicht will die holländische Regierung der Meinung der Völkerrechtler nicht vorgreifen und es ihr überlassen, einen selbstbewußteren, entschiedeneren Ton anzuschlagen. Wohin geht Holland? Das ist für Deutschland sehr wichtig.

Wir wollen, um unseren Zweifel anzudeuten, hier nur auf die militärischen Betrachtungen der Begründung eingehen. Da heißt es, daß für gewisse Fälle eines bemanneten Eingreifens des Völkerbundes die holländische Streitmacht nicht entbehrt werden könne. Es hänge von der Güte der Organisation, die man den militärischen Maßnahmen des Bundes selbst zugrunde legen werde, und ebensoviele von der Ausführbarkeit der Organisation ab, ob die niederländische Wehrmacht sich wesentlich gegenüber dem bisherigen Zustande zu ändern haben werde. Die Regierung übersehe keineswegs, wie das ganze Memorandum zeige, die Schattenseiten des Völkerbundes und wie sehr besonders darauf hin, daß den Mitgliedern des Völkerbundes ein Durchzugrecht durch die ihm angeschlossenen Gebiete zustehe. Es sei klar, welche Bedeutung das gegebenenfalls für Holland angeht seiner geographischen Lage haben könne. Umringt von großen Mächten laufe es Gefahr, der Kampfplatz kommender Kriege zu werden. Unsere Regierung, fährt die Begründung fort, „ist sich über die Opfer, die sie bringen muß, klar.“ Komme wieder in diesem Teile von Europa ein Krieg, und sei der Völkerbund dann Wirklichkeit geworden, dann könne Holland sich wahrscheinlich nicht mehr, wie bisher, herausziehen. Betone man aber allzu sehr, daß was Holland preisgebe und riskiere und die Fehler, die dem Völkerbund noch anhaften, so laufe man Gefahr, die Geschäfte der Leute zu machen, die für uneingeschränkte Kriegsfreiheit seien.

Diese Ausführungen würde man nur mit Zustimmung begleiten können, wenn auf die Frage, wie denn diese militärische Organisation des Völkerbundes gedacht sei, in Wirklichkeit noch gar keine Antwort vorläge. Dann könnte Holland moralisch verpflichtet sein, den Gründern des Völkerbundes vertrauensvoll die Möglichkeit zu geben, für das allgemeine Beste der Welt zu wirken. So verliert auch tatsächlich die holländische Öffentlichkeit die Sache anzusehen. Tatsächlich liegen aber bereits Tatsachen vor, an denen Holland nicht vorbeigehen kann. Im Berliner Tageblatt wurde kürzlich unter dem Titel „Die Gefährdung der Neutralität“ darauf hingewiesen, daß deutliche, unüberlegte

Die neue Militärpolitik Englands. Churchills Heeresvorlage.

Militärisches Bündnis mit Frankreich und Belgien. — Vergrößerung der Territorialarmee. — Verwendung außerhalb Englands.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

16. Februar.

Der englische Kriegsminister Winston Churchill führte in einer Rede zu seinem gleichzeitigen Erscheinens in der Sitzung des Unterhauses am 14. Februar, die vor dem Krieg für die Errichtung einer Territorialarmee bestanden, jetzt ebenfalls für ein Rüstungsprogramm angeführt werden können. Eine Gefahr der Invasion auf englisches Gebiet besteht nicht mehr. Des Engländers Feind ist sicher. Aber unsere Grenzen haben sich weiter hinausverlegt. Wir müssen bereit sein, das englische Imperium zu verteidigen und unseren Verpflichtungen gegenüber Frankreich und Belgien zu genügen. Wir müssen also die neue Territorialarmee im Sinne der Verteidigung des Reiches aufstellen, und die Idee dieser Verteidigung muß unsere Verantwortlichkeit gegenüber Frankreich und Belgien mit einschließen. Wer der Territorialarmee beitreten muß, das mit dem klaren Bewußtsein, daß wenn Deutschland am Rhein angreift, beispielsweise, wie das 1914 geschehen ist, oder wenn Rußland Indien überfällt, daß er dann so ausgebildet und organisiert sein muß, daß er der regulären Armee helfen kann, sich der Invasion entgegenzustellen, bis die militärische Hauptmacht Englands und der Dominions mobilisiert und auf dem Kampfplatz ist. Ich will nicht verhehlen, daß im Falle einer solchen Notlage diejenigen, die der Territorialmacht beitreten sind, zuerst an die Front gehen müssen, und sie und die Berufsoldaten wird der erste Stoß des Krieges treffen.

In diesem Zusammenhang ist wichtig, was das vom Kriegsministerium gleichzeitig ausgegebene Communiqué sagt. Es gibt ebenfalls offen zu, daß die Gefahr einer Invasion höchst unwahrscheinlich sei. Insofern sei die Territorialarmee unnötig. Dagegen habe sich die Verpflichtung gegen das britische Reich als Ganzes im Auge vernehmt. Nicht nur schloffen diese Verpflichtungen den Schutz ein, den ein begabtes Reich inmitten ungesicherter Verhältnisse notwendig habe, sondern auch die Unterstützung der alliierten Staaten Frankreich und Belgien. Die „Polizeipflichten des Reiches“, Grenzstränge eingerechnet, werde die Berufsarmee erfüllen. Um aus den erweiterten Reichsbedürfnissen entsetzende Kriege zu einem schnellen und erfolgreichen Ende zu bringen, bedürfe es aber einer zweiten Linie. Dann werde es auch unwahrscheinlich, daß man wieder im Ernstfall die allgemeine Dienstpflicht zurückgreifen müsse. Hierzu führte auch Churchill aus, man müsse annehmen, daß der nächste Krieg schneller entschieden werde als der Krieg von 1914 bis 1919. Zu der Invasionsstrategie erklärte Churchill, daß Deutschland militärisch und moralisch niedergeschlagen werde und sich keine Gefahr. Die gegenwärtige Generation werde nach Ansicht der Regierung keinerlei großen Krieg mehr erleben. Der sicherste Weg aber, um Deutschland überhaupt von einem Angriff abzuhalten, sei der von der Vorlage eingeschlagene.

Die Regierungsvorlage über die Verwendung der Streitkräfte belegen: 1. sie seien zur Verteidigung des Imperiums bestimmt, inbegriffen die englischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich und Belgien (Flanzen); 2. solle die Territorialarmee nur mobil gemacht werden, wenn eine königliche Proklamation auch ihre Herberden aufgerufen habe und wenn das Parlament offiziell über diesen großen Staatsakt informiert sei; 3. wenn die Territorialarmee mobilisiert worden sei, dann dürfe sie aber nie verwendet werden auf Grund eines besonderen Befehles des Parlamentes, das die Ermächtigung zur Entsendung dieser Armee auf einen Kriegsschauplatz erteilt. Churchill erwähnte

dann noch, daß auch die Verpflichtungen, die der Völkerbund England auferlege, zur Verwendung der Territorialarmee außerhalb Englands zwingen. Mit Erfolg wies Churchill darauf hin, daß das Territorialsystem ein freiwilliges System sei, wie das dem allgemeinen Wunsch der Nation entspräche. Die Engländer seien infolgedessen das einzige Volk, das seine Verteidigung auf dem freiwilligen System aufbaue, mit Ausnahme der Deutschen, die man dazu gezwungen habe.

Was das rein Technische der Vorlage angeht, so wird die Werbetätigkeit für die Territorialarmee am 16. Februar beginnen. Nur Leute zwischen 18 und 38 Jahren, die voll dienstfähig sind, werden eingekleidet. Gebiente Leute werden für drei Jahre, die übrigen für sechs. Die jährliche Dienstzeit wird dieselbe, die Bezahlung höher sein als vor dem Krieg. Die größte Sorgfalt wird gelegt werden auf die vollständige Ausrüstung der geplanten Einheiten und auf die Ausbildung eines Generalstabes und von Stabsoffizieren. Es werden 14 Divisionen gebildet werden, die im Ernstfall 345 000 Mann zählen werden. Die Friedensstärke wird 60 Prozent betragen, also 207 000 Mann. Im Kriegsfalle werden die Territorialtruppen nicht als Nachschub für die Einheiten der Berufsarmee benutzt, sondern völlig gleichwertig neben der Berufsarmee verwandt werden. Lieber die Kosten sagte Churchill, daß sie proportional zwei- bis dreimal höher sein würden als die Kosten der Territorialarmee vor dem Krieg, die das große wertvolle Wert gehalten gewesen sei.

Der bedeutsamste Zug der Vorlage ist die Verwendbarkeit der Territorialarmee außerhalb Englands. Vor dem Krieg bestand dagegen der allergrößte Widerspruch der öffentlichen Meinung. Es ist die Frage, wie weit er noch vorhanden ist. England wird durch die Organisation der Territorialarmee, die Abarbeitung ausführt, aber auch durch den Umfang der Friedensstärke eine sehr bedeutende Militärmacht. Wichtig ist, daß Churchill es als selbstverständlich hinstellt, daß Bündnispflichten Englands gegenüber Frankreich und Belgien bestehen. Das ist bisher von der englischen Regierung durchwegs geleugnet worden, mit der Versicherung, daß der Völkerbund ein Bündnis ebenfalls dem Parlament mitgeteilt werden würde. Von Amerika, das den Entwurf ohne Zweifel sehr unfeindlich in einem Augenblick aufnehmen wird, in dem es England aus energetischer zur Sparsamkeit rät, wird im Zusammenhang mit dem Defensivbündnis von Churchill nicht gesprochen. Auch in den Pressestimmen hört man davon nichts. Sehr populär ist die Rüstungsvorlage sicherlich nicht. Rüstungsblätter wie die „Times“ verlangen charakteristischerweise nicht mehr. Der „Daily Telegraph“ erklärt die Vorlage für eine Selbstverständlichkeit, verwirft aber sehr energisch auf die Notwendigkeit, absolute Bürgerpflichten dafür zu schaffen, daß die Territorialarmee nicht unnötig in einem Auslandszuge auf schlaueste Aufstellung der Armee. Die „Liberal Review“ verhält sich außerordentlich kritisch. Die „Daily News“ weist darauf hin, daß es Volkstrüge und Regierungstrüge gebe. Dafür sei die englische Unternehmung in Nordrußland ein erstrebendes Beispiel. Die Sicherungen gegen militärische Verwendung der Territorialtruppen durch die Vorlage seien nicht ausreichend. Die „Westminster Gazette“ sagt: „Churchill glaubt, daß wir eine größere Armee als vor dem Krieg für unsere Verpflichtungen außerhalb des Landes benötigen. Viele werden ihm zustimmen. Die Völker haben jedoch folgende klare Wahl vor sich: Entweder sie verwenden ihre Energie dazu, um aus dem Völkerbund eine Wirklichkeit und einen Erfolg zu machen, um Witterung und Gäh, die der Krieg gebracht hat, möglichst schnell zu überwinden, oder sie nehmen aus sich neue Bälle des bewaffneten Friedens auf sich. Sie wird schwerer sein als vor 1914 und die Tragkraft der Völker gering.“ Churchill's Entwurf stellt die Frage ganz klar: Entweder wirkliche Völkerfreundschaft oder Zusammenbruch der Zivilisation unter dem Gewicht ihrer eigenen Feindschaften. Die Vorlage wird auf das innerpolitische Leben Englands, das bereits in starker Bewegung ist, ohne Zweifel starken Einfluß ausüben.

Zeichen dafür vorhanden sind, daß Frankreich unter Duldung Englands seinen berühmten Schutz als allgedanken nunmehr innerhalb des Völkerbundes zu verwirklichen suche. Infolge des Aufstehens, das die Forderung Frankreichs an die Schweiz, ihre Neutralität in die Hände des Völkerbundes zu legen, machte, hat die französische Diplomatie verstanden, den Tatbestand etwas zu verwickeln: man wolle nicht die Neutralität der Schweiz aufheben, sondern nur gewisse Veränderungen, die durch die Erstgenannten des Völkerbundes notwendig geworden seien, vornehmen, wobei dann freilich die seit Jahresfrist immer wieder auftauchende Lehre vorgebracht wurde, daß der Begriff eines Völkerbundes den der Neutralität überhaupt sinnlos mache. Es bleibt also jedenfalls dabei, daß die Schweiz zu den militärischen Völkerbündnispflichten herangezogen werden soll, und so bleibt auch der Schlüssel berechtigt, daß Holland sich in dieses Verteidigungssystem gegen die „Barbaren“ einzureihen haben wird.

In dem „Organ der Vereinigung tot beoending van de krijgswetenschap“, letztes Heft, finden wir nun eine Studie des hiesigen holländischen Militärattachés in London, Tonnet, die diese Frage merkwürdig beleuchtet. Wir wollen einige Sätze aus dieser programmatischen

Abhandlung möglichst wörtlich wiedergeben. „Von Abruktion ist nicht die Rede, denn der Völkerbund ist ein Bund „zur Aufrechterhaltung des Friedens“, also eine „Zwangsmacht“. Vorläufig ist ein Bundespolizeibehrer nicht aufstellbar. Da die neutrale Haltung in Zukunft für Holland ausgeschlossen ist, hört auch alle örtliche Verteidigungspolitik auf.“ Dafür gibt Tonnet zwei sehr interessante Beweise: „Unter Indien ist ein Zwißenglied in dem militärischen System Englisch-Indien, Niederländisch-Indien, Australien.“ Tonnet sagt hinzu: „Ich werde hier sorgfältig die Frage unbesprochen lassen, gegen wen diese Linie verteidigt werden muß. Keine Frage ist aber, mit wem wir diese Linie zu verteidigen haben werden. Wir sind ein Kettenglied im britischen Reich. Unsere Kolonialverteidigung muß im Zusammenhang mit Australien vorbereitet werden.“ Tonnet fährt dann weiter aus, daß die künftige Machtgestaltung im fernem Osten lediglich zur See entschieden werden wird — durch eine Entscheidungsschlacht zur See — und daß diese Entscheidungsschlacht zwar nicht durch, aber auch nicht ohne Holland entschieden werden kann. Infolgedessen verlangt Tonnet gewisse strategische Maßnahmen in Indien, vor